Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 20.05.2025 **Drucksache** 19/**6744**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Prof. Dr. Winfried Bausback, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Dr. Stefan Ebner, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel und **Fraktion (CSU)**

Rüstungsexporte erleichtern – Verfahren beschleunigen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die heimische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bei Exporten besonderen nationalen Anforderungen ausgesetzt ist, die ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Unternehmen aus zahlreichen EU-Staaten einschränken.

Die Staatsregierung wird demzufolge aufgefordert, sich gegenüber dem Bund für eine Vereinfachung und Beschleunigung bei der Exportkontrolle für Rüstungsgüter und Dual-Use-Güter einzusetzen.

Das heißt insbesondere:

– ein vereinfachtes Prüfverfahren für Wiederholungsaufträge oder Dauergenehmigung mit Widerrufsvorbehalt,

– die Einführung einer Genehmigungsfiktion zur beschleunigten Entscheidung und damit zeitiger Planbarkeit für die Unternehmen,

– die Erstellung und Verwendung von Positivlisten („Whitelists“) für Kunden, Länder oder Produkte für ein formloses Anzeigeverfahren sowie

– die Übernahme der Genehmigung eines anderen EU-Staates für Produkte deutscher Unternehmen in Kooperation mit im NATO-Gebiet ansässigen Herstellern.

Begründung:

Bayern beheimatet eine leistungsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI). Sie steht für ein Drittel der gesamtdeutschen Wertschöpfung dieser Branche. Ihr Umsatz beläuft sich auf rund 4 Mrd. Euro, etwa 45 000 direkt Beschäftigte und weitere 90 000 Beschäftigte entlang der gesamten Wertschöpfungskette sind in der bayerischen SVI tätig. Wegen ihrer überragenden technologischen Fähigkeiten sind hierzulande produzierte Rüstungsgüter auch im Ausland gefragt. Die Ausfuhr von Rüstungsgütern oder Dual-Use-Gütern muss allerdings auf nationale Sicherheitsinteressen abgestimmt sein, weshalb Exporte vom Bund zu genehmigen sind.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Genehmigungsverfahren sind jedoch aus Unternehmenssicht kompliziert, intransparent und langwierig. Insbesondere bei der Genehmigung von Ausfuhren in kritische Staaten kommt es regelmäßig zu Verzögerungen. Hier obliegt die Genehmigung nicht dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), sondern dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Infolge dessen meiden ausländische Nachfrager mitunter Produkte aus deutscher Herstellung – anstatt des Slogans „Made in Germany“ wird nun mit „German-free“, also mit dem Verzicht auf deutsche Anteile im Produkt, geworben. Die Genehmigungspraxis des Bundes stellt deutsche Unternehmen vor große Herausforderungen. Dies schadet der heimischen Wirtschaft, bedroht Arbeitsplätze und zieht vermeidbare Steuermindereinnahmen nach sich. Daher sind Exportrestriktionen, soweit sie nicht auf Sicherheitsinteressen beruhen, abzubauen.